

Antrag der FDP-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	28.03.2011	Entscheidung

Betreff

Verkauf der Anteile an der Hafen AG

Inhalt

Der Rat der Stadt beschließt den Verkauf des städtischen Anteils (33,3%) an der Duisburger Hafen AG (duisport). Bei der Suche nach einem potentiellen Käufer sowie bei Angebot, Kalkulation und Verkaufsabwicklung sollten die aktuellen Erfahrungen und Erkenntnisse beim Anteilsverkauf des Bundes berücksichtigt und mit einbezogen werden. Der Erlös wird zur Schuldentilgung eingesetzt.

Begründung:

Zum wiederholten Male hat die Finanzaufsicht die Stadt Duisburg und ihre Entscheidungsträger dazu aufgefordert, endlich Konsolidierungsmaßnahmen vorzunehmen, die kurz- und langfristig den Haushaltsausgleich herstellen können. Dies ist am ehesten durch die Reduzierung der gewaltigen jährlichen Zinslast möglich, die wegen der hohen Altschulden zu leisten ist. Demnach liegt der Schlüssel zum angestrebten Haushaltsausgleich vornehmlich bei der Reduzierung der Altschulden. Hier ausschließlich Hilfen durch Land und Bund herbei zu wünschen, ohne selbst deutlich erkennbare Eigenleistungen erbracht zu haben, ist aus Sicht der FDP äußerst fragwürdig.

Nur durch die Reduzierung der angehäuften Altschulden reduzieren sich auch die jährlichen Zinsen. Nur durch die Reduzierung der jährlichen Zinslast ist zukünftig ein ausgeglichener Haushalt möglich. Erst dann wird die Stadt wieder Gestaltungsspielräume erlangen. Die effektivste Möglichkeit zur Senkung der Altschulden ist (wie in privaten Lebensbereichen auch) der Verkauf von Vermögensbeständen und Beteiligungen.

Hier kommt u. a. der Verkauf des städtischen Anteils an der Duisburger Hafen AG in Betracht, der derzeit einen Erlös in beträchtlicher Höhe erwarten lässt, wie das große Interesse um den Anteilsverkauf des Bundes gezeigt hat.

Selbst dann, wenn sich die (durch den Anteilsverkauf) eingesparten jährlichen Zinszahlungen und die vom Rat beschlossene jährliche Dividende in Höhe von 500.000 Euro - nur - die Waage halten sollten, handelt es sich dennoch um ein deutliches Signal in Richtung Landes- und Bundesregierung. Außerdem wird die Forderung der Finanzaufsicht nach ´deutlich sichtbaren Einschnitten und Eigenleistungen´ erfüllt, ohne dass die Bürger oder die Gewebetreibenden der Stadt davon berührt würden.